



Wählergemeinschaft
für Wuppertal

Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*An den Herrn Vorsitzenden Klaus Jürgen Reese
des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungs=
steuerung
und an den
Herrn Oberbürgermeister Peter Jung
als Vorsitzender des Hauptausschusses und des
Rates der Stadt Wuppertal*

Es informiert Sie Heribert Stenzel
Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 71 58 90
Fax (0202)
E-Mail Heribert.Stenzel@gmx.de
Datum 02.06.2010
Drucks. Nr. VO/0491/10
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
06.07.2010	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH / KIJU
07.07.2010	Hauptausschuss
12.07.2010	Rat der Stadt Wuppertal

Weitere Rationalisierung in der Verwaltung

Die Wählergemeinschaft für Wuppertal (WfW) hält eine stärkere Senkung der Personalkosten in der Stadtverwaltung für möglich und erforderlich. Die WfW beantragt daher, die im Doppelhaushalt 2010/2011 und im Haushaltssicherungskonzept (HSK) enthaltenen Personalrationalisierung zu verdoppeln, d. h. von bisher 240 auf 480 Stelleneinsparungen bis 2014.

Begründung

Wuppertals Einwohnerzahl ist in den letzten 5 Jahren um mehr als 2 Prozent pro Jahr geschrumpft und wird weiter zurückgehen. Dem muss Rechnung getragen werden.

Hinzu kommt, dass eine immer ausgefeiltere Verwaltungstechnik Rationalisierungen im Dienstleistungsbereich ermöglicht und geradezu herausfordert. Die freie Wirtschaft macht das, gerade auch im Verwaltungsbereich, immer wieder vor.

Im Lauf der nächsten fünf Jahren werden lt. Verwaltungsprognose voraussichtlich rd. 1.050 Stellen in der Verwaltung durch natürliche Fluktuation frei. Geplant ist im HSK die Streichung von 240 Stellen, d. h. also rd. 1,2% p.a. des derzeitigen Kern-Personalbestandes (ohne ausgelagerte Funktionen).

Die WfW beantragt, den Prozentsatz zu verdoppeln und damit bis zum Jahre 2014 knapp die Hälfte dieses Potentials, also rd. 480 Stellen, dauerhaft einzusparen. Damit ergibt sich bei Zustimmung zu unserem Antrag eine weitere Ersparnis von rd. 12 Mio € p. a. ab 2014.

Einschränkungen von Dienstleistungen für den Bürger sind bei intelligenter Ausschöpfung der heutigen Möglichkeiten nicht erforderlich, eher ist das Gegenteil der Fall. Die Einrichtung des Callcenters im Rathaus ist in erster, erfolgreicher Schritt auf diesem Weg.

Falls sich die Verwaltung außerstande sieht, selbst entsprechende Konzepte zu entwickeln und durchzusetzen, muss eine Unternehmensberatung mit Kommunalerfahrungen beauftragt werden, diese Aufgabe zu übernehmen.

Die Einsparung könnte - bei voller Erreichung des Sparziels des HSK - zum Teil dazu verwendet werden, besondere Härten z. B. im Kultur- und Sozialbereich zu vermeiden. Damit würde auch dem Anspruch des HSK: „Sparen, um zu gestalten“ in stärkerem Maße Rechnung getragen.

Fraktionssprecher

Dr. Reimar Kroll